

Beschluss des Landrates vom 14.06.2018

Nr. 2126

23. Einführung eines Antrags auf Eintretensdebatte 2017/569; Protokoll: Is

Landratspräsidentin Elisabeth Augstburger (EVP) informiert, die Geschäftsleitung des Landrats sei bereit, das Verfahrenspostulat entgegenzunehmen.

Stephan Ackermann (Grüne) hat sich vorsorglich angemeldet, um der Schliessung der Rednerliste zuvor zu kommen. [*Heiterkeit*]

Peter Riebli (SVP) äussert grundsätzlich Sympathien für den Vorstoss. Auf den ersten Blick ergibt der Vorstoss Sinn. Der Landrat hat durch die grundsätzliche Streichung der Eintretensdebatte circa 1,5 Landratstage eingespart. Es gibt viele Möglichkeiten, eine Eintretensdebatte zu erzwingen, wenn das Geschäft unbestritten ist, aber politisch so gross, dass grundlegende Statements abgegeben werden sollen. Einerseits kann in der Schlussabstimmung der Kommission eine taktische Neinstimme abgegeben werden. Soll im Rat eine Debatte erzwungen werden, kann Nichteintreten beantragt werden.

Die SVP-Fraktion befürchtet, dass mit dem vorliegenden Vorstoss jeweils zunächst über den Antrag selbst debattiert würde und anschliessend lange Eintretensvoten gehalten werden. Somit würde der Rat viel Zeit verlieren. Daher lehnt die SVP-Fraktion den gut klingenden Antrag von Daniel Altermatt ab.

Felix Keller (CVP) informiert, dass die CVP/BDP-Fraktion intensiv debattiert habe. Die Fraktion kommt zum Schluss, dass das aktuelle Instrument gut funktioniert. Eine Eintretensdebatte kann jeweils erzwungen werden. Alternativ würde wieder jeder ein Eintretensvotum halten. Die aktuelle Regelung soll weiter erprobt werden. Wenn Handlungsbedarf besteht, kann darauf zurückgekommen werden.

Rolf Richterich (FDP) war zunächst skeptisch, ob es die Eintretensdebatte überhaupt braucht. Inzwischen ist er zum Schluss gekommen, dass sie ein sinnvolles Instrument wäre, um die heutige Regelung zu verbessern. Heute wird ein Kommissionsbeschluss zu 0 gefällt. Bei gehaltvollen politischen Geschäften, die aber unbestritten sind, wollen beide Seiten eine Eintretensdebatte. Derzeit werden lediglich die Anträge beraten. Nur der Kommissionsbericht trägt die politische Dimension. Dies ist stossend. Um dies zu verbessern, muss der Weg des Vorstosses gewählt werden. Es ist falsch, wenn jemand contre cœur eine Vorlage ablehnen muss, um eine Debatte im Landrat zu ermöglichen. Auch im Landrat Nichteintreten zu beantragen, um eine Eintretensdebatte zu ermöglichen, ist falsch. Bei einem Antrag auf Eintretensdebatte würde es keine grosse Diskussion geben; dies funktioniert auch bei der Interpellation gut. Es ist eine wichtige Ergänzung der Geschäftsordnung. Die kommende Generation muss wissen, was die Überlegungen der aktuellen Politiker sind.

Daniel Altermatt (glp) ist fast begeistert: Rolf Richterichs Ausführungen treffen die Idee des Vorstosses. Es geht um Ehrlichkeit. Es soll bei keinem Geschäft durch einen Nichteintretensantrag eine grundlegende, offene Debatte erzwungen werden müssen. Das ist Unsinn. Es könnte grundsätzlich darüber abgestimmt werden, ob eine Eintretensdebatte geführt werden soll. Dieser Beschluss dauert nur wenige Sekunden. Es braucht ein sauberes System, das die Mehrheit des Rates abbildet.

Thomas Bühler (SP) erklärt, die SP-Fraktion unterstütze den Vorstoss. Das aktuelle System ist nicht gut. Die Eintretensdebatte muss erzwungen werden, das ist nicht in Ordnung. In der Kommission wurde gegen die Überzeugung gestimmt oder auch im Landrat ein nicht ernst gemeinter Antrag gestellt. Das ist nicht sauber. Es braucht die Möglichkeit zur Führung einer Eintretensdebatte, insbesondere bei wichtigen Geschäften. Die Mitglieder des Parlaments sind Frau und Manns genug um zu entscheiden, ob eine Eintretensdebatte geführt werden soll.

Klaus Kirchmayr (Grüne) informiert, die grosse Mehrheit der EVP/Grüne-Fraktion befürworte den Vorstoss. Es gab einige unangenehme Situationen. Die komplette Abschaffung der Eintretensdebatte bei Einstimmigkeit der Kommission ist bei gewissen gewichtigen Geschäften nicht angemessen.

Miriam Locher (SP) findet es eines Parlaments unwürdig, dass es «Meitilrickli» brauche für die Eintretensdebatte zu gewichtigen Geschäften. Die Jahresrechnung muss von einer Person abgelehnt werden, damit eine Eintretensdebatte geführt werden kann. Die Transparenz ist mit der aktuellen Regelung nicht gegeben.

Peter Riebli (SVP) erwidert, es könne nicht immer von Effizienz gesprochen werden, um dann von der Effizienz abzukehren, wenn diese in einzelnen Fällen zu Problemen führt. In über 90% der Fälle war das System gut. Eine andere Regelung würde zu Eintretensdebatten zwecks Profilierung einzelner Parlamentsmitglieder führen.

://: Das Verfahrenspostulat wird mit 51:25 Stimmen überwiesen.
